

die mögliche Einführung eines grünen Pfeils nur für Radfahrer geprüft werden. Entsprechende Verkehrsschilder werden an ausgewählten Kno-

und Münster aufgestellt. Je nach Ergebnis könnte der grüne Pfeil nur für Radfahrer ab 2020 bundesweit eingeführt werden. (afp, dpa) Foto: dpa

Offensive für Solarstrom

CDU und FDP wollen Potenziale in NRW besser nutzen

VON GERHARD VOOGT

Düsseldorf. Die Regierungsfraktionen im Düsseldorfer Landtag wollen die Schadstoffbelastung der Luft mit einer Offensive beim Ausbau der Solarenergie senken. „Bei der Umsetzung aller Photovoltaik-Potenziale könnte eine Einsparung von rund 30 Millionen Tonnen Kohlendioxid allein in der Stromerzeugung erzielt werden“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP, der jetzt vorgelegt wurde.

Das entsprechen zehn Prozent des Treibhausgas-Ausstoßes in NRW. „Wir wollen die erneuerbare Energie vor allem dort ausbauen, wo sie effizient und konfliktfrei eingesetzt werden kann“, sagte Dietmar Brockes, Energieexperte der Liberalen, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Rot-Grün habe in der Vergangenheit die Solarenergie „sträflich vernachlässigt“ und sich nur auf den umstrittenen Windkraftausbau konzentriert.

Gerade auf landeseigenen Immobilien, aber auch entlang bestehender Straßen und Bahnstrecken, bestünde ein großes Potenzial, das genutzt werden müsse, sagte Brockes. Derzeit werden in NRW lediglich 3,9 Terawattstunden Strom durch Solaranlagen produziert. CDU und FDP gehen davon aus, dass sich der Anteil auf 68 Terawattstunden vervielfachen lässt. Rund elf Millionen Immobilienbesitzer in NRW könnten ihre Dächer für

die Stromerzeugung nutzen, heißt es in dem Antrag. Ein spezielles Solarkataster gibt bereits heute Auskunft darüber, welche Standorte sich wirtschaftlich betreiben lassen.

Papierkrieg beenden

Udo Sieverding, Leiter des Bereichs Energie in der Verbraucherzentrale NRW, begrüßt die Initiative: „Bislang hat die Solarenergie nur einen marginalen Anteil an der Stromerzeugung in NRW. Dabei scheint auch bei uns häufig genug die Sonne, um einen erheblich größeren Beitrag für die heimische Energieversorgung leisten zu können. Der Antrag von CDU und FDP zeigt, dass die beiden Parteien in NRW das Potenzial erkannt haben, während das CDU-geführte Bundeswirtschaftsministerium bislang auf der Bremse steht.“ Vielleicht war deshalb das Wort Photovoltaik im Koalitionsvertrag von CDU und FDP aus dem Jahr 2017 noch nicht vorgekommen.

Bislang ist Stromerzeugung mit einem enormen Papierkrieg verbunden, vor allem dann, wenn der Strom nicht nur für den Eigenbedarf verwendet werden soll. „Eigentümer, die Strom an Mieter weiterverkaufen wollen, müssen sich als Energieversorger bei der Bundesnetzagentur anmelden“, kritisiert Sieverding. Das wollen CDU und FDP ändern. Früher war die Nutzung von Solarstrom meist mit hohen Kosten verbunden. In den ver-

gangenen Jahren haben Neuentwicklungen aber zu einem Preissturz geführt. Die Investitionskosten für ein großes Solardach auf dem Eigenheim lägen bei 12 000 bis 13 000 Euro. „Man kann grob davon ausgehen, dass man das Geld nach zwölf bis 14 Jahren wieder raus hat“, sagt Sieverding.

NRW will zunächst mit der Installation der Technik auf öffentlichen Gebäuden beginnen. Bereits jetzt gibt es größere Anlagen auf den Dächern der Gefängnisse in Moers und Kleve. Die Energieversorgung der Zukunft werde in zunehmendem Maße durch dezentrale Strukturen geprägt sein. „Das Potenzial der Photovoltaik in diesem Bereich ist enorm. Die Landesregierung will Konzepte und Lösungen entwickeln, um dieses Potenzial bestmöglich zu nutzen“, erklärte NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP).

Kritik von den Grünen

Oliver Krischer, stellvertretender Fraktionschef der Grünen im Bundestag, hält die Pläne für unseriös. Der Politiker aus Düren sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Der Antrag soll offenbar davon ablenken, dass die Landesregierung der Windkraft den Garaus machen will. Für die geplanten Änderungen ist im Wesentlichen der Bund zuständig. Im Bundesrat hat NRW einer Initiative zum Ausbau des Solarstroms aber nicht zugestimmt.“

Anlage 2

USTA 08.01.2019